

So wollen wir leben!

Erzählte Szenarien und ein Leitbild



Dokumentation der beiden Zukunftsworkshops des dynaklim-Projektes

Uta v. Winterfeld in Abstimmung mit Sarah Gasser und Klaus Reuter

**Eine Kooperation von Wuppertal Institut und LAG 21 NRW
im Rahmen des *dynaklim*-Projektes**



Inhalt

EINLEITUNG	4
SZENARIEN (ERSTER ZUKUNFTSWORKSHOP)	5
„Da will ich leben“ (der Best Case in 2040)	5
„Das wollen wir uns nicht vorstellen“ (der Worst Case in 2040)	8
Interpretation	10
LEITBILD (ZWEITER ZUKUNFTSWORKSHOP)	12
Leitbild: Klima? Wir packen das!	14
Präambel	14
Erster Teil: Gesundheit und Alter	15
Zweiter Teil: Natur, Umwelt, Ökologie / Ökosysteme, Wasser	16
Dritter Teil: Stadtentwicklung, belebendes Element, Lebensqualität, Mobilität	16
Vierter Teil: Energieversorgung und Erzeugung	16
Schluss	17
Interpretation	17
SCHLUSS	19
LITERATUR	20
ANHANG 1: TAFEL BEST CASE	21
ANHANG 2: TAFEL WORST CASE	22

Einleitung

Wie kann eine regionale Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zukunftsfähig gestaltet werden? Diese Frage steht im Zentrum des Forschungsprogramms „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ (KLIMZUG) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Innerhalb des Programms wird das Projekt **dynaklim** (Dynamische Anpassung an den Klimawandel in der Emscher-Lippe-Region) gefördert. Im Zeitraum von fünf Jahren (2009-2014) soll ein Netzwerk aufgebaut und sollen gemeinsam mit regionalen Akteuren Elemente einer zukunftsfähigen Anpassung entwickelt werden.

Zwei Zukunftsworkshops sind im Jahr 2010 der Ort gewesen, an dem von Extremereignissen (Hochwasser) betroffene Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft und kommunaler Verwaltungen miteinander über den Klimawandel und dessen Gestaltung nachgedacht haben. Sie haben Geschichten über mögliche Zukünfte (der Szenarienworkshop) erzählt und ein Leitbild als normativen Orientierungsrahmen (der Leitbildworkshop) entworfen.

Der Ablauf der beiden Workshops ist in Anlehnung an die Methode der Zukunftswerkstatt (Jungk und Müllert 2000 sowie Jungk 1984) als Dreischritt konzipiert. Im Unterschied zur Zukunftswerkstatt haben wir nicht entlang von den dort üblichen drei Phasen (erstens Kritik, zweitens Utopie und drittens Verwirklichung) gearbeitet. Sondern die beiden zweitägigen Workshops sind dialogisch angelegt und an drei Elementen orientiert gewesen: Ein thematischer Impuls vom Wuppertal Institut und der LAG 21 NRW, ein Impuls der Teilnehmenden aus ihren eigenen Wissens- und Erfahrungskontexten heraus und das gemeinsame Erarbeiten von Szenarien bzw. einem Leitbild.

Wenngleich beide Workshops ein „empirisches Ereignis“ waren, stellen sie doch keine Empirie im engeren Sinne qualitativer Sozialforschung dar. Denn die veranstaltenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollten die Teilnehmenden nicht „beforschen“, sondern gemeinsam mit ihnen etwas entwickeln. Dies hat insofern einen Bezug zum „qualitativen Experiment“ als dass es nicht um die Prüfung, sondern um die Entwicklung von Annahmen und Hypothesen ging. Dabei tun die Forschenden gut daran, von eigenen Vorstellungen abzusehen und sich dem Gegenstand des Experiments gegenüber offen und flexibel zu verhalten (Lamnek 2010, S. 586). Weiter kann ein Bezug zur „Gruppendiskussion“ ausgemacht werden. Sie ist in den siebziger Jahren in einer „interaktionistischen Variante“ (d.h., die Qualität liegt in der Interaktion und nicht im Befolgen eines vorgefertigten Frage-Antwort-Schemas) neu entdeckt worden und wird seit der letzten Jahrhundertwende zum Zweck der Ermittlung kollektiver Orientierungsmuster eingesetzt (ebenda, S. 375).

Aber die eigentliche Musik spielte nicht in den Sphären der wissenschaftlichen Methode – sondern im gemeinsamen Erzählen und Entwerfen möglicher Zukünfte.

Szenarien (Erster Zukunftsworkshop)

Der erste Zukunftsworkshop hat das Ziel, übergeordnete Szenarien zum Klimawandel mit Erfahrungen und Erwartungen der Menschen in der Emscher-Lippe-Region zu verknüpfen. Diese sollen in einem „Best Case“ und einem „Worst Case“ dokumentiert werden. Unsere dialogische Absicht, von Beginn an die Erfahrungen der Betroffenen und ExpertInnen (der jeweiligen Alltage und Berufe) einfließen zu lassen, stößt nicht auf ungeteilte Zustimmung, da den TeilnehmerInnen die Zielsetzung des *dynaklim*-Projektes und Workshops nicht zureichend deutlich geworden ist. Daneben kritisieren Einige die Art des abgehobenen wissenschaftlichen Sprechens. Nachdem Unklarheiten beseitigt und Erwartungen ausgetauscht worden sind, beginnt es gut zu werden. Und vielleicht erfordert das gemeinsame Ankommen in einer Situation eben auch, an dem einen oder anderen Punkt zunächst einmal aneinander zu geraten und die verschiedenen Sichtweisen darzustellen.

Gut ist beispielsweise, dass wir überrascht werden. Wir haben gedacht, es gebe da ein Wissen zu managen. Über den Klimawandel und die Notwendigkeit der Anpassung sei zu wenig bekannt. „Wir wissen genug!“, kontern die Teilnehmenden. „Es ist Zeit zu handeln!“ Auch wenn sie viel wissen, haben sie Fragen. Beispielsweise Fragen an das Gemeinschaftliche. Bei einem Hochwasserereignis und wenn die Flut kommt, gibt es individuelle Strategien, zum Beispiel, einen Graben im Garten zu ziehen. Aber es gibt keine gemeinschaftlichen Strategien, etwa innerhalb einer Siedlung. Dabei würden welche gebraucht. Von der ganzen Anpassungsdebatte halten die Teilnehmenden insofern nichts, als dass sie ihnen zu defensiv angelegt ist. Sie wollen nicht nur reagieren und sich anpassen. Sondern mit gestalten. Und ohnehin sei die Anpassung an den Klimawandel ohne den Klimaschutz weder denkbar noch machbar.

Doch nun genug mit den Erzählungen über die Teilnehmenden. Denn am 12. Und 13. März 2010 haben sie selber mögliche Zukünfte erzählt – einen worst case, den sie sich nicht vorstellen, und einen best case, den sie (er)leben wollen.

„*Da will ich leben*“ (der Best Case in 2040)¹

Unsere nachhaltige Stadt ist schön. Dächer und Straßen sind begrünt. Die Gärten und Parks sind von Wasser durchzogen. Es macht Spaß, über die vielen kleinen und großen Brücken von da nach dort zu laufen. Autos sind 2025 gänzlich abgeschafft worden. Die Bewegung in der Stadt erfolgt zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Straßenbahnen und kleinen Bussen. Die öffentlichen Transportmittel sind gut ausgebaut und attraktiv. Die Müllentsorgung erfolgt über eine Rohrleitung und ist entsprechend der unterschiedlichen Materialien mit musikalischer Untermalung versehen.

¹ Die graphische Darstellung an der Moderationswand findet sich in Anhang 1

Der Weg in unsere nachhaltige, CO₂-arme und anpassungsfähige Stadt war teils mühsam. So bedurfte es landesweiter Aktionen von Bürgerinnen und Bürgern, bis endlich die getrennten Ressorts für Klimaschutz und Klimaanpassung im neuen Nachhaltigkeitsministerium auf Landesebene in einer Hand lagen. Auch gab es Konflikte, weil einerseits einige Wohnblocks komplett abgerissen werden mussten, anderseits aber die Anpassung des Bestandes Vorrang vor Neubau haben sollte. Getragen wurde der Prozess der Umgestaltung vom sozialen Gedanken der Integration. Sie ist für Zukunftsfähigkeit unerlässlich. 2011 ist mit der gezielten Förderung insbesondere der interkulturellen Gärten begonnen worden.

Heute wohnen in einigen Stadtteilen viele Menschen auf engem Raum. Aber die Lebensqualität ist gut, die Stadtteile sind interessant gestaltet und das generationenübergreifende Wohnen hat stark zugenommen. Eine Voraussetzung hierfür ist durch die Verbindung von Sozial- und Umweltpolitik geschaffen worden. Das ab 2015 aufgelegte Programm der sozial-ökologischen Stadt hat Dachbegrünungen, Regenwasserversickerung und Niedrigenergiehäuser auch und gerade für bislang benachteiligte und von einkommensschwachen Menschen bewohnte Siedlungen ermöglicht.

Bei aller Stadtgestaltung ist in den ersten Jahren die Landgestaltung sträflich vernachlässigt worden. Erst nach der großen Dürre in 2030, als die Lippe auszutrocknen drohte, ist mit der Vorratshaltung von und für Brauch- und Nutzwasser begonnen und mit einer deutlich weniger wasserintensive Landwirtschaft (Dauergrünland, robuste Pflanzen) wirklich ernst gemacht worden. Zum Gelingen dieses Prozesses hat eine regionale Vermarktungsstrategie und haben Veränderungen in den Land-Stadtbeziehungen beigetragen.

Ökologische Planung, so der sich noch in den zehner Jahren durchsetzende Leitgedanke, führt zu besserer Klimaanpassung. Allerdings kann der Schutz vor den Folgen des Klimawandels nicht zu 100 Prozent gewährleistet werden. Wir haben immer mit Unsicherheiten leben, planen und arbeiten müssen. Es gab ungeheuer viel zu tun. So haben wir bewusst Überschwemmungsflächen in unsere Stadt einbezogen. Das Kanalsystem ist umgebaut und das Mischwassersystem aufgegeben worden. Durch die vielen Rückhaltebecken können wir flexibel auf Dürre und Überschwemmung reagieren.

All dies ist nur möglich geworden, weil sich unser Denken geändert hat. Beispielsweise macht unser Rohrsystem zur Müllentsorgung nur deshalb Sinn, weil sehr wenig Müll anfällt, seitdem der Gedanke der Kreislaufwirtschaft und der schonende und effiziente Umgang mit Ressourcen Wirklichkeit geworden ist. Am schwierigsten war die Geschicke mit der Suffizienz. Dass weniger mehr sein kann, dass es nicht Materielles und gleichwohl sehr Wertvolles gibt, und dass uns dies wirklich reich macht – diese Haltung ist nicht von alleine in den Vordergrund getreten. Sondern es bedurfte einer großen so-

zialen Bewegung, um die marktwirtschaftliche zugunsten einer gemeinwohlorientierten Ordnung zu relativieren. Hier haben viele schwarz gesehen. Der Mensch sei ein Nutzen- und Vorteilsmaximierer. Dass Menschen von sich aus sozial fähig sind und ihnen Gemeinschaft Spaß machen und sie dennoch auch eigensinnig und eigenständig sein können – ach, es war nicht leicht!

Wir haben dennoch keine „neuen Menschen“ gebraucht und auch keine neuen Akteure. Aber die Menschen haben neue Kommunikationsformen gefunden und erfunden. Dabei sind die noch 2010 eingeführten Experimentierräume sehr hilfreich gewesen. Hier konnte beispielsweise überzogene Konkurrenz verlernt und das Prinzip der gegenseitigen Hilfe erlernt werden. Dabei, dass diese Geschichte sich nicht nur in einzelkommunaler Perspektive sondern städte- und landkreisübergreifend entwickeln konnte, hat sich die vom *dynaklim*-Projekt teils mit angestoßene Vernetzung als sehr nützlich erwiesen.

Das Bewusstsein für Klimaschutz und für den schonenden Umgang mit Ressourcen ist heute, im Jahre 2040 nicht nur vorhanden, sondern es wird gelebt und prägt unsere Praxis. Es kann im Nachhinein schwer festgemacht werden, was dabei den eigentlichen Ausschlag gegeben hat. Das jedem Einzelnen zur Verfügung gestellte CO₂-Kontingent ist es nicht gewesen. Dieses ist vielmehr 2020 wieder gekippt worden, weil mit Einzelbudgets kein gemeinsames Anliegen zu verwirklichen ist. Wir haben unsere CO₂-Armut letztlich nicht über die Zuteilung von Essens- und CO₂-Rationen erreicht. Sondern über die Einsicht und die Hoffnung, dass wir es besser machen und klüger sein können. Auch die große Stunde der ökologischen Wahrheit der Preise hat den Wandel nicht eigentlich eingeläutet. Wenngleich heute keiner darauf verzichten wollte.

Vielleicht ist das Wissen das eigentliche gewesen. Aber nicht das Faktenwissen, nicht die viel zu vielen wenn auch richtigen Informationen. Nicht das Schulwissen und nicht das Expertenwissen. Sondern so etwas, das Gemeinwissen genannt werden könnte. Mit solcherart Gemeinwissen ist es beispielsweise einfacher, neue Werte und Ziele zu finden und marktwirtschaftliche Prinzipien zugunsten ressourcenschonender Aushandlungen zu relativieren.

Vielleicht war aber auch die Kultur das Eigentliche. Ich höre heute noch das schallende Gelächter. Dabei hatte die Geschichte dramatisch begonnen, als gleich drei große Theater geschlossen werden sollten. Was aber dann an sozialer Kultur- und Theaterbewegung kam, war einfach atemberaubend und atemberaubend komisch.

„Das wollen wir uns nicht vorstellen“ (der Worst Case in 2040)²

Niemand will mehr in der Innenstadt wohnen. Sie ist nach und nach verödet, im Sommer ist die Hitze unerträglich und in 2025 hat das sommerliche Altensterben eingesetzt. Die sozialen Brennpunkte betreffend kann von „Punkten“ eigentlich keine Rede mehr sein. Eher ist es ein sozialer Flächenbrand. Wer Geld hat, hat sich an die Folgen des Klimawandels angepasst und ist in die Randlagen gezogen. Stadtverwaltung und Politik haben anfangs versucht, dem entgegen zu wirken. Inzwischen aber sind die Innenstädte aufgegeben und die Baugebiete werden nur noch in Randlagen ausgewiesen. Bis Ende der zwanziger Jahre haben wir noch Witze darüber gemacht – wie das Innen zum Außen wird und umgekehrt. Aber das ist vorbei.

Denn inzwischen haben die Wohnungsbaunternehmen ganze Stadtteile einfach aufgegeben. Nicht, dass die Mieten dadurch gesunken wären. Vielmehr sind mittlerweile die Gebäudeschäden groß und die Mieten steigen enorm. Dabei hat die Bewegung „Mietfrei wohnen“ hoffnungsvoll begonnen. Mitte der zehner Jahre, als überhaupt keine öffentlichen Gelder mehr für die notwendigsten Stadtgestaltungen vorhanden waren, haben viele Bürgerinnen und Bürger begonnen, selbst zu handeln. Doch inzwischen sind sie ausgezehrt, und die privaten Hausbesitzer sind mit den Anpassungsmaßnahmen an zunehmende Hitzperioden und Überschwemmungen mehr und mehr überfordert. Viele mussten ihre Häuser verkaufen. Hinzu kommt, dass sich die Lebensmittelpreise aufgrund des Wassermangels in der Landwirtschaft immer wieder ins Maßlose klettern. Besonders schlimm ist dies für die vielen Migrantinnen und Migranten, die nach der großen Hungersnot aus Afrika eingewandert sind.

Zu Beginn der dreißiger Jahre ist die deutsche Automobilindustrie zusammengebrochen. Niemand weiß genau, ob dies hätte verhindert werden können, wenn die öffentlichen Gelder in den zwanziger Jahren weiterhin für den Klimaschutz und nicht nur ausschließlich für die Klimaanpassung ausgegeben worden wären. Die Golfstromverläufe haben sich Anfang der zwanziger Jahre stark verändert und zu extrem langen Wintern geführt. Dies hat die Wirtschaft empfindlich getroffen und eine Negativkaskade in Gang gesetzt: Die Ausgaben für Klimaanpassung sind ständig gestiegen und Klimaschutzausgaben dadurch zwangsläufig gesunken. Endgültig zu Fall gebracht worden ist die Automobilindustrie jedoch nach dem dritten Rohstoffkrieg von 2037-2039. Seitdem liegen die wirtschaftlichen Zentren in Asien und Südamerika, es gibt kaum Rohstoffe und keine Exporte mehr. Entsprechend ist die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet auf 30% angewachsen und die Bildung ist zur Mangelware geworden.

² Die graphische Darstellung an der Moderationswand findet sich in Anhang 2

Die erste Landflucht aus der Lipperegion setzte schon 2018 ein. Zunächst sind die vielen zwangsverkauften Privathäuser von den hinzu kommenden Menschen „zwischengenutzt“ worden. In den Gärten fand mehr und mehr Gemüseanbau und Kleintierhaltung statt. Als sich die Lebensmittel zum ersten Mal um zweihundert Prozent verteuerten und der Schwarzmarkt blühte, ist die staatliche Grundsicherung eingeführt worden. Sie wurde und wird jedoch eher als staatliche Grundgefährdung verspottet und hat soziale Spannungen wie auch die Ghettoisierung verstärkt.

Viele meinen, all dies sei Schicksal gewesen. Wir sehen das anders. Es ist nicht zwangsläufig gewesen, auf das erste Beben der Automobilindustrie gleich mit kostenintensiven Lösungen und ungeheuer teuren Rettungsmaßnahmen für notleidende Konzerne zu antworten. Es ist auch nicht zwangsläufig gewesen, auf die falschen und rohstoffintensiven Produkte zu setzen. Die knappen Wasserressourcen für die Landwirtschaft vorzusehen und selbst diese auf wassersparendes Wirtschaften rechtzeitig umzustellen wäre einfach ein Gebot der Klugheit gewesen. Und die Hoffnung auf eine zweite Ernte hat sich bis auf zwei Male Ende der zwanziger Jahre als trügerisch erwiesen. Weil eben die ganze neue Wärme und Sonne bei fehlendem Wasser wenig nutzen. Und aufgrund der mangelnden Vorsorge sind viele landwirtschaftliche Flächen durch Erosion und vom Starkregen weggeschwemmten Böden verloren gegangen.

Nein, es war wohl das weitere „Durchwurschteln“ das die starke Hitzezunahme und das Ausgeliefertsein vor allem ärmerer Bevölkerungsgruppen gegenüber den Extremereignissen mit bewirkt hat. Und eine derart dumme Verkehrspolitik hätte in den zehn Jahren noch kaum jemand für möglich gehalten. Inzwischen sind unsere kollabierenden Innenstädte immer wieder für den motorisierten Individualverkehr gesperrt. Dies hat aber keineswegs zu einem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs geführt. Und in den ländlichen Regionen ist es katastrophal. Der ÖPNV hat sich vielerorts zurückgezogen, die Straßenschäden sind enorm, die Verbindungen immer wieder unterbrochen und trotzdem setzen Verwaltung und Politik auf den Ausbau der Straßen.

Gestern haben uns Vertreterinnen einer indischen Delegation gefragt, weshalb sich die Menschen hier den Verfall ihrer Region haben gefallen lassen. Wir haben zuerst allgemein geantwortet... die Klimaveränderungen seien nicht als Chance erkannt worden, man habe nur reagiert und Schadensbeseitigung betrieben... was ja alles stimmt. Ein wesentlicher Faktor für die Duldsamkeit und Resignation ist aber unserer Einschätzung nach die soziale Isolation. Die versiegende Kaufkraft hat die Innenstädte trostlos werden lassen, außerdem werden die Einkaufswelten immer mehr vom Internet und von der Zustellung bestimmt. Und wenn jemand jemanden treffen möchte, so ist dies aufgrund der katastrophalen Verkehrsverhältnisse äußerst mühsam geworden. Anfangs hat es mit dem Rad noch ganz gut funktioniert. Seitdem aber nicht nur Fahrräder gestohlen, sondern Radfahrer und Radfahrerinnen mehr und mehr überfallen werden, ist auch dies

riskant geworden. Es ist wie ein Rückfall in längst vergangen geglaubte Jahrhunderte. Jedenfalls, was die Wegelagerer und Räuberinnen betrifft. Andererseits bewegt sich kaum noch jemand im öffentlichen Raum und die Freizeit findet Indoor statt.

Outdoor ist nicht nur wegen des Vandalismus wenig attraktiv. Die Natur hat sich durch den Ausbau der Randzonen mehr und mehr zurückgezogen. Dort, wo noch grün anzutreffen ist, sieht man ihm den hohen Nutzungsdruck an. Die Veränderungen im Arten-Spektrum führen zu unangenehmen Begegnungen mit der natürlichen Mitwelt, die Risiken für Leib und Leben sind hoch. Und längst schon wird der Pflanzenschutz den Schädlingen nicht mehr Herr. Einige Landwirte haben die Hoffnung auf ein neues Wundermittel zwar immer noch nicht aufgegeben, aber die durch das letzte Wundermittel bewirkten drastischen Gesundheitsschäden stimmen hier doch eher skeptisch.

Vielleicht war aber letztlich doch die Kultur das Entscheidende. Als der Staat immer mehr Gelder für Gefahrenabwehr vorhalten musste, als die Kommunen keinerlei Mittel für Kultur mehr aufbringen konnten – ich höre heute noch das ersterbende Gelächter.

Was für ein Glück, dass all dies gar nicht passieren kann. Es gibt keinen Worst Case. Nicht nur, weil die Auswirkungen in Nordrhein-Westfalen minimal sein werden. Nicht nur, weil Menschen frühzeitig reagieren können und deshalb die Auswirkungen des Klimawandels nicht sehr stark sein werden. Sondern vor allem, weil die Demokratie das reguliert und gar nicht zulassen wird. Aber es steht auf der Kippe – denn nur die Hälfte von uns ist dieser Ansicht

Interpretation

Der Best Case ist getragen von Eigensinn. Er stellt einen Bruch mit der vorherrschenden Anpassungsdebatte dar. Denn das „katastrophische Framing“, das Ausmalen und Modellieren von Extremereignissen und deren Eintrittswahrscheinlichkeit tritt in den Hintergrund. Wohl aber kann eine „Dürre“ bzw. Trockenheitsperiode der Anstoß für eine Veränderung sein. Die Lösungsansätze sind sozial und dialogisch als „technokratische“ orientiert. Technik spielt in den Bereichen der Wasser- und Abfallwirtschaft durchaus eine Rolle, aber sie ist Ausdruck bewusster Gestaltung und nicht Lösung als solche oder per se.

Auch mit unseren Vorgaben sind die Teilnehmenden frei umgegangen. Die graphische Darstellung zeigt, dass es bei der Kartierung nicht sonderlich ordentlich zugegangen ist. So steckt bei dem von uns vorgegebenen Sektor „Überschwemmungen“ die Karte „Lebensstil“. Und bei den Akteuren sind nicht, wie von uns erwartet, Akteursgruppen benannt, sondern sie sind mit „Neue Werte und Ziele“ versehen worden.

Getragen wird das Leitbild von einem Paradigmenwechsel, von anderen Werten (gutes Leben, Suffizienzorientierung), einer anderen, offeneren und kooperativeren Kommuni-

kation. Auch „Kultur“ spielt eine zentrale Rolle, im Umgang mit Konflikten ebenso wie als tragende Säule der Gesellschaft. Wirtschaft ist hingegen von geringer, Politik von sehr hoher Bedeutung. Auch diese hat sich allerdings verändert – Politik ist nicht parteipolitisches Regieren und Opponieren. Sie ist weniger „verwaltet“ und vielmehr von Bürgerinnen und Bürgern initiiert und gestaltet. Das Bild hinter der Erzählung ist der gestaltete Raum – ausgehend von der Stadt bzw. der Stadtlandschaft.

Der Worst Case ist im Grunde eine zusätzliche Fortschreibung des Status Quo. Aktuelle Entwicklungen wie die Verödung der Innenstätte, die Zunahme sozialer Unterschiede die Vernachlässigung öffentlicher Güter und Infrastrukturen oder die Konkurrenz um Ressourcen werden in ihrer extremen Verzerrung dargestellt. Ausgemalt wird auch, welche Folgen unterlassener Klimaschutz und einseitig auf Anpassung ausgerichtete Politik haben. Hier wird spiegelbildlich zum Best Case dargestellt, was passiert, wenn anstelle eines anstehenden Paradigmenwechsels ein weiteres „Durchwurschteln“ erfolgt. Im Grunde kulminieren Natur- und Sozialkatastrophen. Sie treten nicht mehr als einzelne Ereignisse, sondern als dauerhaftes Gesamt auf mit der Folge von Zusammenbrüchen.

Auch die Worst Case-Gruppe hat sich an unsere Vorgaben nur teilweise gehalten. Mit den Sektoren „Hitze“, „Sturm“ und „Flut“ konnte sie nichts anfangen. Ansonsten geht es hier jedoch sehr ordentlich zu. Die Kartierung zeigt schlüssig und folgerichtig, was wo und bei wem in welchen Bereichen (Elemente) passiert und welche Konflikte dies erzeugt.

Dargestellt wird eine defensive, sich an aktuellen Ereignissen und Zwängen verbrauchende Politik. Eine Politik, die keine gesellschaftliche Vision hat, sondern auf das jeweilige Problem nachsorgend reagiert und daran scheitert. Aktive und mitgestaltende Bürgerinnen und Bürger kommen immer weniger vor, vielmehr wirkt der menschliche Zustand wie der einer Katatonie, erstarrt, gelähmt. Durchbrochen nur von Negativphänomenen wie Vandalismus. Im Grunde kehrt hier eine Gesellschaft in den bei Thomas Hobbes so furchterregend dargestellten „Naturzustand“ zurück. Ebenfalls spiegelbildlich zum Best Case wird der Qualität der Integration das Problem der Isolation gegenüber gestellt.

Die Hälfte der Gruppe besteht noch im Leitbildprozess darauf, dass der Worst Case nicht eintreten kann. Begründet wird dies damit, dass „die Demokratie reguliert“. Diese Formulierung ist fast einen weiteren Workshop wert: Wer und was ist diese Demokratie – und woraus speist sich das Vertrauen in sie? Die formale Politik und die Parteien scheinen es nicht zu sein – aber wer und was dann?

Leitbild (Zweiter Zukunftsworkshop)

Einige Monate nach dem Szenarienworkshop haben wir erneut eingeladen. Sowohl die Teilnehmenden des ersten Workshops als auch weitere Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wasserwirtschaft, Verbraucherpolitik und Leitbildentwicklung sind angeschrieben worden: „Während im März auf dem ersten Workshop die beiden Szenarien „Da will ich leben“ und „Das wollen wir uns nicht vorstellen“ erstellt worden sind, sollen diesmal vorhandene Leitbilder mit Blick auf Klima-Anpassung überprüft und soll ein gemeinsames Leitbild bestehend aus Bezugsrahmen, Slogan, Leitmotiv und Leitsätzen erarbeitet werden. Im Hintergrund stehen zwei Fragen: Was macht die Qualität von Leitbildern aus und wozu brauchen wir sie? Verengen sich bisher offene Zukünfte angesichts von Klimawandel und Anpassung an dessen Folgen?“

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger nehmen alle drei wieder teil, auch einige kommunale Vertreterinnen und Vertreter sind erneut anwesend. Neu hinzu kommen Vertreter des Regionalverbandes Ruhr und von Germanwatch sowie eine Vertreterin der Verbraucherzentrale, des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung sowie der Kommunal- und Abwasserberatung NRW.

Die Vorstellung der Teilnehmenden und der thematische Impuls zu Leitbildern in der Regionalentwicklung stehen zu Beginn des zweitägigen Workshops in einem guten Verhältnis. Als Problem erweist sich die Frage nach dem Absender: Wer sind wir, die wir uns ein Leitbild geben? Denn die Gruppe ist eine sporadische, es handelt sich nicht um eine Institution oder eine Organisation, die sich ein Leitbild gibt. Daher geht es eher weniger homogen und eher vielfältiger zu. Nicht als Absender, aber als Bezugsrahmen wird der „Umgang der Zivilgesellschaft mit dem Klimawandel in der Emscher-Lippe-Region“ gewählt.

Deutlich wird spätestens bei der Titelfindung, dass auch hier eine Abwehr des defensiven sich Anpassens vorhanden ist. Das reicht nicht! Es geht um Lebensqualität, um gutes Leben, um das Zusammengehen von Klimaschutz und Klimaanpassung. Doch ich greife vor – denn zunächst müssen wir einen Titel finden. Eine teils vergnügliche Angelegenheit, bei der darstellerische Fähigkeiten zutage treten.



Diesem Titel wird bei der Abstimmung ein sehr guter zweiter Platz zuerkannt. Es geht weiter mit der Präambel, die wir noch am Abend formulieren und den Leitsätzen, die am nächsten Tag entstehen. Doch Schluss der Vorrede, denn es gibt jetzt eine mit der Leitbildgruppe abgestimmte Version, die für sich selbst steht.

Leitbild: Klima? Wir packen das!



Zum Umgang der Zivilgesellschaft mit dem Klimawandel in der Emscher-Lippe-Region

Präambel

Wir wollen den Wandel wagen – anstatt von ihm eingeholt zu werden, oder überholt, oder gar überrollt.

Denn wir wissen: das Klima wandelt sich. Wir wollen Gefahren (stärker durch Klimaschutz) begrenzen, wir wollen auch Schutz und uns sicher fühlen können.

Es soll eine gute Zukunft sein, in der unsere Enkelinnen und Enkel gut leben können. Dafür tragen wir Verantwortung (mit). Wir wollen Lebensqualität erhalten.

Wir wollen über das Vorhandene hinaus und einen Schritt weiter gehen. Es soll ein kreativer Aufbruch sein, mit dem wir ernst genommen werden und andere ernst nehmen. (Klimaschutz, Anpassung, Richtungswechsel)

Werte sind uns wichtig. Und Fähigkeiten. Zum Mitgefühl etwa, zur Achtsamkeit, auch mit und gegenüber Natur.

Bei dem was nun geschehen wird und was wir mitgestalten werden, wollen wir, dass es mit gerechten Dingen zugeht.



Erster Teil: Gesundheit und Alter³

- Für akute Gefährdungssituationen sind bestehende Warnsysteme ausgebaut, die auch konkrete Handlungsempfehlungen aussprechen.
- In den Städten gibt es verschattete und gekühlte Bereiche, die für alle zugänglich sind.
- Klimaschutz hat auch unter gesundheitlichen Aspekten Vorrang vor Anpassungsmaßnahmen.
- Die öffentlichen Infrastrukturen schützen insbesondere ältere Menschen vor Wind und Wetter. Außerdem ist ein allgemeiner und kostenfreier Zugang zu Parks, Wetterhäuschen etc. gewährleistet.
- Ältere Menschen erhalten Unterstützung bei Hitzeperioden. Es gibt neue Zuständigkeiten: Pflegedienste und Privatpersonen übernehmen gemeinschaftliche Aufgaben.
- Klimastress ist ein Pflegetatbestand.
- Umweltamt, Sozial- und Gesundheitsamt arbeiten verstärkt zusammen und bilden bei Bedarf einen gemeinsamen Krisenstab.

³ Unsere Ziel- und Zeitperspektive ist das Jahr 2025

Zweiter Teil: Natur, Umwelt, Ökologie / Ökosysteme, Wasser

- Zum Hochwasserschutz, der Wiederherstellung von Ökosystemen, der Durchgängigkeit, zum klimatischen Ausgleich sind Emscher und Lippe so naturnah gestaltet, dass sie bei Extremwetterereignissen ausreichend Retentionsflächen aufbieten.
- Zur Erhaltung und Gestaltung von Lebensqualität findet auf landwirtschaftlichen Flächen eine ökologische Bewirtschaftung statt und die Flächen sind extensiver genutzt. Die Flächenversiegelung ist gestoppt und einige vorhandene Flächen sind entsiegelt.
- Emscher und Lippe sind so gestaltet, dass unsere Kinder und Enkel wieder darin baden können.

Dritter Teil: Stadtentwicklung, belebendes Element, Lebensqualität, Mobilität

- Mobilität (-infrastrukturen): Jeder Ort der Metropole Ruhr kann mit dem Umweltverbund in 45 Minuten erreicht werden.
- Stadtentwicklung: In der Grünen Stadt lässt sich eine Grünfläche innerhalb von zehn Minuten erreichen.
- Überschwemmung/ Extremniederschläge/ Grundwasser: Alle Häuser bleiben innen trocken (HQ 100).
- Dürre/ extreme Hitze: Wasser ist da, wo es gebraucht/ verbraucht wird.

Dissens: metropolisch (a) oder polyzentrisch (b)?

a) metropolisch

Die Mobilitätsinfrastrukturen sind bis zum Jahr 2025 so ausgelegt, dass jeder Ort der Metropole Ruhr vorzugsweise mit dem Umweltverbund in 45 Minuten erreichbar ist.

b) polyzentrisch

Klimaschutz und die Vermeidungsziele von 80-90% brauchen CO₂-arme Raumstrukturen. Daher ist der Wandel von verkehrserzeugenden zu verkehrsvermeidenden Stadt- und Raumstrukturen wichtiger als universelle Erreichbarkeit.

Vierter Teil: Energieversorgung und Erzeugung

- Die Infrastrukturen ermöglichen eine emissionsarme Energieerzeugung auf Grundlage erneuerbarer Energiequellen.
- Sie ist mit gesicherter, nachhaltiger und überregionaler Energieversorgung verbunden. Die Entwicklung und unabhängige Förderung von Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien ist gewährleistet. Erneuerbare Energien werden entsprechend ihrer natürlichen Potentiale genutzt: Wind im Norden und Sonne im Süden.
- Wir wissen den Wert von Energie zu schätzen und wünschen uns einen sorgsamen Umgang mit ihr.

Dissens: zentral bis überregional (a) oder dezentral bis autonom (b)?

a) zentral bis überregional

Anzustreben ist eine emissionsarme, erneuerbare Energieerzeugung verbunden mit einer gesicherten, nachhaltigen und überregionalen Energieversorgung bis 2025. Die überregionale Energieversorgung versteht sich übergangsweise als notwendig, um einen 100 prozentigen Wechsel in das erneuerbare Energiezeitalter zu gewährleisten. Die Vision bleibt, dass Häuser und Stadtteile in der Lage sind, auch selber Energie zu erzeugen.

b) dezentral bis autonom

Die Energieeinsparung (30%-50%) und die vollständige Erzeugung auf regenerativer Basis erfordern neue und intelligente Lösungen. Versorgungssicherheit erfolgt nicht prioritär über zentrale Anlagen. Vielmehr erfordern Risikomanagement und Anpassung an den Klimawandel klimarobuste und dezentrale Strukturen sowie intelligente Netzsysteme.

Schluss

Unser Leitbild geht über die Anpassung an den Klimawandel hinaus. Klimawandel ohne Klimaschutz und ohne Vorstellungen von einem guten Leben können wir nicht denken. Auch wollen wir den *Wandel* nicht nur und auch nicht vor allem als Bedrohung fassen, auf die wie reagieren müssen. Sondern er ist Mahnung und Chance zugleich. Mahnung, weil der Klimawandel ein Scheitern der industriellen Gesellschaft ausdrückt. Chance, weil nachhaltige Entwicklung ohnehin etwas noch zu Leistendes bedeutet. Hinzu kommen neuere Herausforderungen, wie die demographische Entwicklung. Sie sollten in die Gestaltung nachhaltiger Regionalentwicklung bzw. in die Gestaltung einer lebenswerten Region einfließen.

Allerdings scheiden sich unsere Geister bei dem, was nachhaltige Entwicklung sein soll: Ökologische Modernisierung (metropolisch und zentral bis überregional) oder ökologischer Strukturwandel (polyzentrisch und dezentral bis autonom)? Wir halten es für repräsentativ, dass wir uns hier nicht einigen konnten. Denn die Zivilgesellschaft ist kein einer idyllischer Ort jenseits von Interessen und Dissensen. Vielmehr spiegelt sie das gesellschaftliche Ringen um Hegemonie wider, das allerorts stattfindet. Möglicherweise und bei unserem Zukunftsworkshop hörbar ist die Stimmlage umgekehrt und schallt eher nicht im Mainstream der ökologischen Modernisierung. Dennoch war auch diese Stimme deutlich präsent.

Wir hoffen und wünschen, dass unser polyphones Leitbild im *dynaklim*-Projekt einen ersten guten Ort findet und von dort aus und womöglich auch darüber hinaus aufgegriffen und weitergedacht wird.

Interpretation

Ähnlich wie die Szenariengruppe formuliert auch die Leitbildgruppe den Wunsch und die Notwendigkeit nach einem Paradigmenwechsel. Es muss eine andere (Wert)Orientierung geben, damit Regionen und Gesellschaften sich nachhaltig entwi-

ckeln können. Diese nachhaltige Entwicklung wird nicht verordnet, sondern von Bürgerinnen und Bürgern aktiv mit gestaltet.

Innerhalb der Gruppe werden unterschiedliche Orientierungen und Präferenzen erkennbar. So sind es die beiden Hausbesitzer und Hochwasserbetroffenen, die den Wunsch nach Sicherheit und Schutz präferieren, während Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und der Kommunalverwaltungen eher den Wunsch und Willen nach Veränderung hervorheben. Gleichwohl gibt es einen Konsens dahingehend, dass nicht eine reaktive und defensive Anpassung an einen bedrohlichen (Klima)Wandel im Vordergrund stehen dürfe. Vielmehr geht es um einen gesellschaftlichen Wandel.

Mit dieser Haltung bestätigt die Leitbildgruppe etwas, das auch die beiden renommierten Klimaforscher Levermann und Schellnhuber betonen: die größte Unsicherheit für die Zukunft liege „in unseren politischen und ökonomischen Entscheidungen“ (Levermann; Schellnhuber 2007, S. 185). Damit liegen Wissenslücken, Risiken und Unsicherheiten weniger in klimaspezifischem *Wissen* und den vorliegenden Simulationsmodellen, sondern vielmehr im gesellschaftlichen *Umgang* mit dem Klimawandel.

Auch an diesem Punkt erfolgen in der Leitbildgruppe unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Für einige liegt das Hauptproblem in der Umsetzung des bereits Erkannten und Gewussten, der bereits entwickelten Leitbilder. Für andere geht es eher darum, noch einmal sehr grundlegend und teils auch in Opposition zum Mainstream anzusetzen. Wiederum Konsens ist, dass das Erhalten und Gestalten von Lebensqualität, dass ein gutes Leben das Ziel sein müsse.

Tendenziell hält die Gruppe weniger das *Ergebnis* „Leitbild“ sondern mehr den *Prozess* der Leitbildentwicklung für wertvoll und spannend. Daher werden die Dissense im Mobilitäts- und Energiebereich eher willkommen geheißen als abgelehnt. An beiden Punkten findet im Leitbildprozess eine angeregte Debatte statt. Dieses Phänomen spiegelt sich in der demokratietheoretischen Debatte wider. Jüngst hat Claudia von Braunmühl darauf hingewiesen, dass Konsens stets ein temporäres Ergebnis in einem demokratischen Aushandlungsprozess ist. Denn stets geht es auch um Konflikte, um einen Kampf um Definitionsheit, Sinnstiftung und Hegemonie (Braunmühl 2010, S. 192 u. 193). In diesem Aushandlungsprozess spielt die lebendige und kritische Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Diese Facette zeigt sich in der Leitbildgruppe an dem Punkt, wo ein Widerspruch thematisiert wird: Während einerseits der Wert von Netzwerken und Kooperation betont wird, ist doch Förderpolitik zumeist Konkurrenz basiert und stellt die Kommunen in einen Wettbewerb zueinander.

Schluss

Die beiden Zukunftsworkshops sind innerhalb des *dynaklim*-Projektes im Arbeitsbereich 2, „Aufbau regionaler Adaptations- und Handlungskompetenz“, angesiedelt. Sie sind sowohl für den Ergebnisbereich „Wissenslandkarte“ (hier werden beispielsweise Wissensbestände und Wissensbedarfe analysiert) als auch für den Ergebnisbereich „Roadmap 2020“ (hier werden Wege zu einer zukunftsfähigen regionalen Anpassung an den Klimawandel skizziert) relevant. Zugleich haben sie eine eigene und eigensinnige Qualität und entziehen sich teils der Logik von Wissenslandkarte und Roadmap. Dies hat mehrere Gründe.

Der erste Grund liegt in der Konzeption der Zukunftsworkshops selbst. Im Zentrum stand nicht die Ermittlung von Wissensbeständen und Wissensbedarfen, sondern der Raum, in dem Betroffene und zivilgesellschaftliche wie kommunale Expertinnen und Experten mögliche Zukünfte gemeinsam erzählen und entwerfen. Dieses Erzählen und Entwerfen war in der Anlage nicht handlungsorientiert und daher auch nicht im Sinne der Roadmap konzipiert.

Der zweite Grund liegt darin, dass sowohl die Szenarien- wie auch die Leitbildgruppe die Trennung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel nicht nur ablehnen, sondern nach wie vor auf der Priorität des Klimaschutzes bestehen. Daher haben sie kein Interesse an „Anpassungswissen“, d.h., sie stellen den Sinn bzw. den Gegenstand der Wissensbasis in Frage.

Entsprechend ranken sich Erzählungen in den Szenarien wie auch die Leitbildentwürfe eher um Nachhaltigkeit als um Klimawandel, eher um das gute Leben als um Gefahrenabwehr, eher um demokratische Kultur als um politische Maßnahmen.

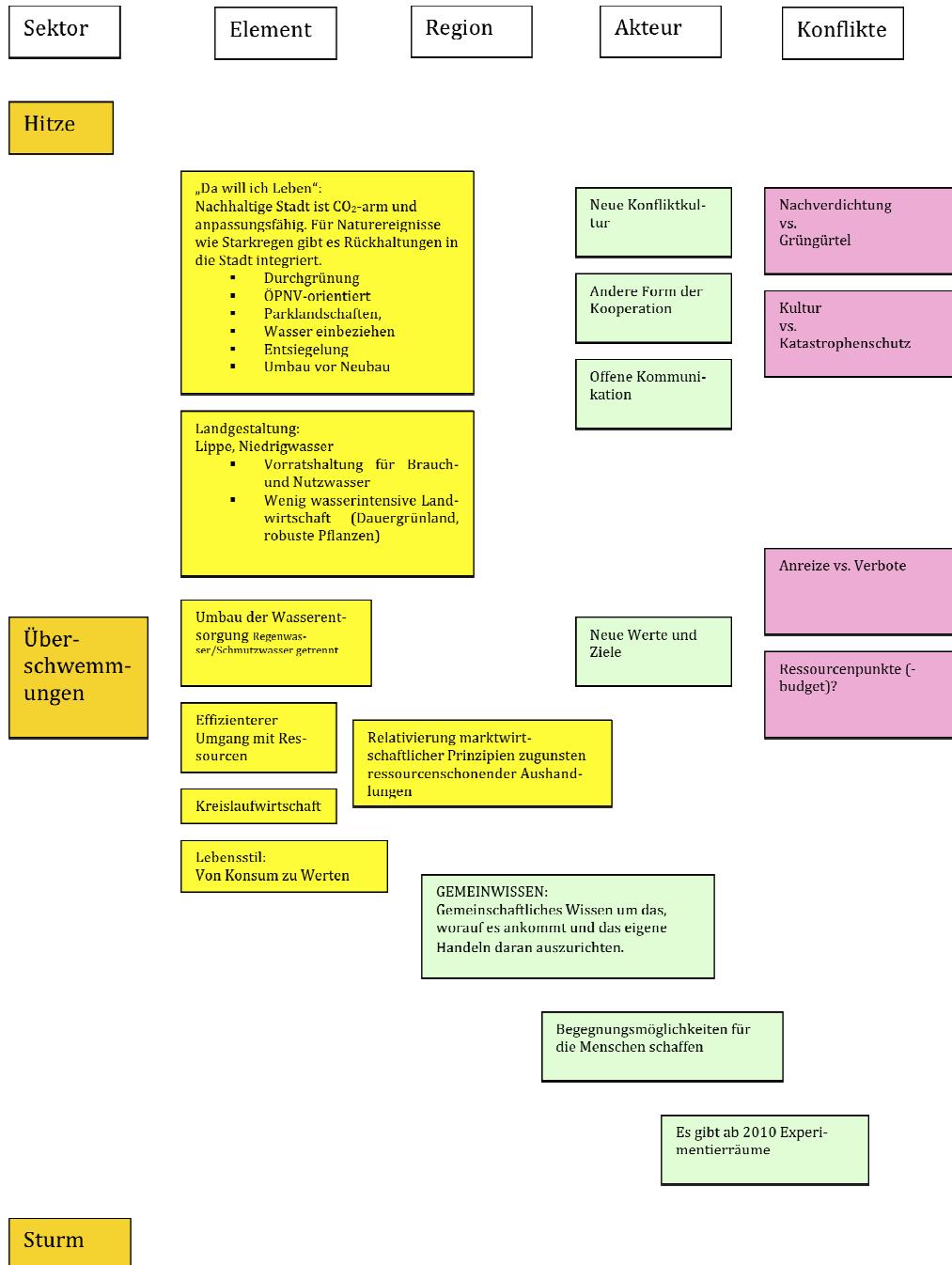
Dennoch bestehen ein hoher Wissensbedarf und ein starker Wunsch nach Umsetzung und Handeln. Doch ist die Geschichte anders gelagert. Der Wissensbedarf bezieht sich nicht auf den Klimawandel und die Anpassung an denselben, sondern darauf, wie ein Paradigmenwechsel für gesellschaftlichen Wandel erfolgen kann. Hier spielen Werte und normatives Wissen wie auch „Gemeinwissen“ eine zentrale Rolle. Der Wunsch nach Umsetzung ist mit einer Kritik verbunden: dass wider besseres Wissen und trotz vorhandener Erkenntnisse nicht nachhaltig gehandelt wird. Der Wissensbedarf lässt sich hier in die Frage kleiden: Wie kommen wir dazu, das als richtig Erkannte auch zu tun?

Der dritte Grund mag in einer anderen Grundstimmung liegen, die beide Workshops atmosphärisch geprägt hat. Die Teilnehmenden und Szenarien- bzw. Leitbildgestaltenden fühlen sich weder unwissend noch bedroht noch ausgeliefert. Im Gegenteil. Sie wissen viel, haben viele Erfahrungen und Fähigkeiten und sind hoch motiviert, die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen anzunehmen und offensiv als Chance zu nutzen, mit nachhaltiger Gesellschaft endlich ernst zu machen.

Literatur

- Braunmühl, Claudia von* 2010: Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation. In: Irmgard Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis, S. 189-197
- Jungk, Robert* 1984: Die Zukunft hat schon begonnen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Jungk, Robert; Müllert, Norbert R.* 2000: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München: Heyne
- Lamnek, Siegfried* 2010: Qualitative Sozialforschung. 5. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz
- Levermann, A.; Schellnhuber A.J.* 2007: Gibt es noch Zweifel am anthropogenen Klimawandel? In: Michael Müller; Ursula Fuentes und Harald Kohl (Hg.). Der UN-Weltklimareport. Bericht über eine aufhaltsame Katastrophe. Köln: Kiepenheuer und Witsch, S. 181-185

Anhang 1: Tafel Best Case



Anhang 2: Tafel Worst Case

Sektor	Element	Region	Akteur	Konflikte
Hitze	Wohnen	Innenstädte - veröden, Hitze - Soziale Brennpunkte (Randlagen)	Stadtverwaltung/ Politik - Baugebiete in Randlagen	Weltklimaauwirkungen: - Hunger in Afrika - Starke Migrationsbewegungen - Wirtschaftliche Zentren sind Asien und Südamerika - 3 Rohstoffkriege
Sturm		Ländliche Region: Wassermangel der Landwirtschaft	Wohnungsbauunternehmen: - Aufgabe von Stadtteilen - Gebäudeschäden -> Mieten steigen	
Flut			Private Hausbesitzer: - Anpassung, Hitze, Überschwemmung - Gebäudeschäden	Wirtschaft - Automobilindustrie zusammengebrochen - hohe Arbeitslosigkeit - kostenintensive Lösungen - keine Rohstoffe - keine Exporte
	Arbeiten	Ruhrgebiet - 20% Arbeitslosigkeit - zu wenig Bildung	Industrie - Rohstoffmangel - Exportprobleme - falsche Produkte	Soziales - Starke Migration - Arbeitslosigkeit - staatliche Grundsicherung - Soziale Spannungen - Ghettoisierung
		Lipperregion Landflucht	ArbeitnehmerInnen arbeitslos	
			Landwirtschaft - Rückgang wegen Wassermangel - hofft auf 2. Ernte	
Mobilität/Verkehr		Innenstädte Zeitweise Sperrung für MIV	Privatpersonen Soziale Isolation	Die Klimaveränderungen werden nicht als Chance erkannt. Daher nur Reaktion und Schadensbeseitigung
		Ländliche Region - Rückzug des ÖPNV - Straßenschäden - Unterbrechung der Verbindungen	Verwaltung/Politik Ausbau der Straßen	
	Freizeit	Stadt: Mehr Indoor, Malls		
	Natur	Stadt - Rückzug durch Ausbau der Randzonen - höherer Nutzungsdruck - Veränderung im Artenpektrum - Gesundheitsrisiken - Schädlinge/Pflanzenschutz	Landwirte	Votum von drei der sechs Szenarienbaueinnen: Es gibt kein Worst Case, da die Demokratie reguliert